G2 Fossile Energieträger im Boden lassen - Erdgaspipeline Nord Stream 2 begraben!

Antragsteller*in:	Kristin Wegner
Tagesordnungspunkt:	4. Darum GRÜN
Status:	Modifiziert

Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern stellt fest:

- Das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 ist klimapolitisch nicht mit den Zielen der Pariser Klimakonferenz vereinbar. Dem Ziel, die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad zu halten, stehen Neuinvestitionen in fossile Energieinfrastruktur diametral entgegen. Der Bau einer weiteren Erdgaspipeline manifestiert die Verbrennung fossiler Energieträger für die kommenden 50 Jahre.

- Nord Stream 2 ist ein erheblicher und unwiderruflicher Eingriff in den Naturraum Ostsee. Durch Baumaßnahmen wird das (noch) aktive Bodenleben durch eine großflächige Ablagerung von Sedimenten nachhaltig gestört. Ein Austreten von Erdgas im Havariefall birgt eine erhebliche Gefährdung des sensiblen Ökosystems und für die Schifffahrt.

- Nord Stream 2 widerspricht europapolitischen Zielen. Der Routenverlauf liegt maßgeblich in der ausschließlichen Wirtschaftszone. Dies hat zur Konsequenz, dass eine politische und rechtliche Einflussnahme - insbesondere europäischer Akteure - verhindert werden kann. Die Anlandung ist durch das vorpommersche Küstenmeer zwischen Rügen und Usedom in Lubmin beantragt. Damit bekommen Auflagen im Genehmigungsverfahren eine europapolitische Dimension.

- Nord Stream 2 soll die Leitungskapazität für Erdgas verdoppeln, obwohl die ersten beiden Stränge momentan lediglich höchstens zu 70% ausgelastet sind. Diese Kapazitätsausweitung würde die Transportwege für Erdgas in Europa grundlegend verändern. Neuinvestitionen in die OstseePipeline-Anbindungs- und die Nordeuropäische Erdgasleitung würden folgen. Der wirtschaftliche Druck auf die Ukraine würde sich weiter erhöhen, obwohl die Ukraine trotz des Krieges im Donbas wichtigstes Transitland für russisches Erdgas ist.

- Das Projekt Nord Stream 2 erhält sowohl aus der Bundes- als auch aus der Landesregierung außergewöhnliche Unterstützung. Das Landwirtschaftsministerium MV arbeitet der Nord Stream 2 AG direkt, fehlerhaft und in grundsätzlich problematischer Weise zu, indem die Landgesellschaft Flächen für Ausgleichsmaßnahmen anbietet, die aus naturschutzfachlicher Sicht nicht ortsnah am Eingriff sind. Zudem wird noch die Erwerbsgrundlage von regionalen Landwirten gefährdet. Aus Fehlern und Problemen zum Ausgleich von Nord Stream 1 wird offensichtlich leider nicht gelernt.

- Gleichzeitig verfolgt das Öl- und Gasunternehmen Engie E&P Deutschland GmbH die Neuerschließung von Gas direkt vor den Stränden Usedoms. Mit einem Förderzeitraum von 30 Jahren ist der Eingriff in den Naturraum immens. Hierdurch werden die Energiewende und das Pariser Abkommen

konterkariert und das Vorhaben stellt für den Insel-Tourismus ein erhebliches Risiko dar.

- Seit 2014 ist es still geworden um die Central European Petroleum GmbH, die onshore auf Usedom und bei Ribnitz nach Erdöl bohrte. Dabei führte die Firma gegenüber der Öffentlichkeit an, sie sei auf dem Bohrplatz bei Saal fündig geworden. Erst eine parlamentarische Anfrage brachte hervor, dass das offensichtlich nicht stimmt, denn gegenüber dem Bergamt erklärte die Central European Petroleum, sie lasse die Probeförderung ruhen. Scheinbar hat sich die Central European Petroleum einem neuen Ziel in Mecklenburg-Vorpommern verschrieben: CEP hat vor Kurzem eine Normenkontrollklage gegen die Landesregierung beim OVG eingereicht, und zwar aufgrund des Ausschlusses von offshore-Bohrungen zum Zwecke der Kohlenwasserstofferkundung und -förderung im Landesraumentwicklungsprogramm.

Die Landesmitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern beschließt:

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den Bau der Pipeline Nord Stream 2 und weiterer Erdgastrassenprojekte durch die Ostsee ab.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die Erschließung von eventuellen Vorkommen vor Usedom ab. Dabei unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN explizit die Initiative der Gemeinden, des Tourismusverbands und der Umwelt- und Naturschutzverbände „Keine Gasförderung auf Usedom - Seeheilbäder statt fragwürdiger Energieträger“.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Bundesregierung eindringlich auf, mit einer ernsthaften Strategie Energieeinsparungen voranzutreiben und den Ausstieg aus fossilen Energieträgern konsequent umzusetzen. Neuinvestitionen, welche die Transportkapazitäten fossiler Energieträger erweitern, widersprechen dem Klimaschutz und dürfen weder direkt noch indirekt unterstützt werden.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und die ihr unterstellten Behörden auf, sich in Verfahren um Genehmigungen neuer Pipelines rechtskonform und transparent zu verhalten. Insbesondere in einem fortgeschrittenen Verfahren müssen die Beiträge von Umwelt- und Naturschutzverbänden, sowie Landwirt*innen ernsthaft eingebunden werden.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Fraktionen im Schweriner Landtag auf, vor dem Hintergrund des zweifelhaften Verhaltens von CEP den Landtagsbeschluss vom 02.07.2014 (entspr. Drucksache 6/2127) zur Erdölförderung in Mecklenburg-Vorpommern rückzuholen und neu zu verhandeln.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Dr. Fabian Czerwinski; Tobias Wilmes; Alexander Krüger; Sebastian van Schie